

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

**Linksterrorismus in Bremen: Organisiert, strukturell verfestigt und nicht nur im Wortsinn *brandgefährlich*. Ein konsequenteres Einschreiten ist überfällig!**

Der Brandschlag auf den Bremer Raumfahrtkonzern OHB in der Silvesternacht erschütterte ganz Bremen und wurde auch überregional mit Bestürzung aufgenommen. Unbekannte hatten sich gegen Mitternacht Zutritt zum Firmensitz verschafft, Scheiben eingeschlagen und Brandsätze in das Gebäude des Unternehmens geworfen. Das Feuer hat mehrere Büroräume stark beschädigt. OHB selbst schätzt den Sachschaden mittlerweile auf einen siebenstelligen Betrag. Ein vorheriger Brandanschlag auf das Unternehmen im November des gleichen Jahres war vergleichsweise glimpflich verlaufen. Nur durch Glück wurde bei dem erneuten Anschlag auf das Unternehmen niemand verletzt, da sich der im Gebäude befindliche Wachmann ins Freie retten konnte. In der bewussten Inkaufnahme von der Gefährdung von Menschenleben liegt eine neue Qualität des Anschlages. Dies stellt eine politische Zäsur dar und fordert einen noch konsequenteren Umgang mit dem Phänomen Linksextremismus.

Einige Tage später bekannte sich eine Gruppe namens "Autonome Antimilitarist:innen" zu diesem Anschlag. Das Schreiben wurde auf einer vom Verfassungsschutz als links-extrem eingestuften Seite veröffentlicht. Das Bekennerschreiben nennt als Motiv der Täterinnen und Täter die Geschäftsbeziehungen von OHB zur Bundeswehr. OHB sei demnach ein "Rüstungskonzern", der Satellitensysteme für militärische Zwecke baue und verkaufe, erklärten die Verfasser. Das Schreiben wurde auf der Internet-Plattform Indymedia.org veröffentlicht, wie zuvor schon eine Vielzahl von anderen Bekennerschreiben. Die Täter und Sympathisanten eint dabei auch das Ziel, das Ansehen des Wirtschaftsstandortes Bremens schädigen zu wollen.

Die Polizei gründete daraufhin eine Sonderkommission Linksextremismus, um die Täter schnellstmöglich zu ermitteln. Dafür sollen Kompetenzen und Erfahrungen von Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen der Polizei Bremen gebündelt werden und in einer festen Struktur dauerhaft zusammengefasst werden. Dadurch sollen endlich substanzielle Erfolge in den Ermittlungen erzielt werden. Ein nachvollziehbarer und längst überfälliger Schritt, zumal Bremen seit Jahren als Hochburg des Linksextremismus eingestuft wird. Der Anschlag auf OHB reiht sich in eine Reihe von zahlreichen Brandanschlägen in Bremen in der letzten Zeit ein, wie beispielsweise auf verschiedene Immobilienunternehmen, einer Vielzahl von Polizeiwachen und Polizeiautos, Bundeswehrfahrzeugen usw. Die Anzahl, Häufigkeit und Schwere von Anschlägen, mutmaßlich

aus dem linksextremistischen Milieu, ist in jedem Fall zunehmend besorgniserregend. Die Täter fühlen sich als selbsternannte Kämpfer gegen Faschismus, Militarismus und Kapitalismus moralisch im Recht. Hierbei sind ihnen scheinbar nahezu alle Mittel recht. Sie suchen immer wieder nach Möglichkeiten, Menschen, Institutionen oder Konzernen vorzuwerfen, militaristische Aktivitäten zu unterstützen. Bremens Innensenator sprach in diesem Zusammenhang kürzlich erstmals von einem aufkeimenden Linksterrorismus: Eine späte wenngleich unabweisbare Erkenntnis. In jedem Falle handelt es sich nicht um eine Art der politischen Auseinandersetzung, sondern schlichtweg um schwerwiegende Kriminalität. Gerade vor diesem Hintergrund des Anschlages mit neuer Qualität, ist das Scheitern des Vorstoßes der CDU-Bürgerschaftsfraktion im Ausschuss nach Art. 125 der Bremischen Landesverfassung, den Kampf gegen jede Art von Extremismus in der Bremer Landesverfassung zu verankern, das völlig falsche Signal.

Solidaritätsbekundungen gab es nach dem neuerlichen Anschlag auf OHB von allen Seiten. Man wurde nicht müde dem Unternehmen seine Anteilnahme zu bekunden und das Versprechen abzugeben, die Täter dingfest machen zu wollen. Leider ist bisher festzustellen, dass die bisherigen Maßnahmen zur Ergreifung der Täter nicht genügten. Auch jährlich einen Verfassungsschutzbericht vorzulegen in dem alle gefährlichen und potentiell linksextremen Gruppen aufgeführt werden, reicht angesichts einer straff organisierten, über Jahrzehnte politisch geduldeten und damit verfestigten linksextremistischen Szene in Bremen gerade nicht mehr aus. Der politische Wille, diese terroristischen Vereinigungen als solche zu benennen und auch nachhaltig bekämpfen zu wollen, muss von diesem Senat nun endlich deutlicher als bisher sichtbar und mit Taten unterlegt werden. Es bedarf einer politischen Agenda, die hier eine tatsächliche Kehrtwende zum Ausdruck bringt. Diese beinhaltet auch politische Verantwortliche, die im Zweifel nicht wegschauen, wie es z.B. im „Alten Sportamt“ oder der „Dete“ der Fall ist.

In den zahlreichen Brandanschlägen auf staatliche Einrichtungen und Bremer Konzerne sollten wir das sehen, was sie sind: Angriffe auf unsere Demokratie und der Versuch die freiheitlich demokratische Grundordnung und unseren Rechtsstaat nachhaltig zu bekämpfen und gewaltsam zu verändern. Dem stellen wir ein Konzept des sichtbar wehrhaften Staates entgegen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) stellt fest,

1. dass jegliche Art von Gewalt aus dem linksextremen Spektrum aufs Schärfste zu verurteilen ist und solidarisiert sich insbesondere mit dem Unternehmen OHB und allen anderen Opfern von Brandanschlägen, die in jüngster Zeit im Land Bremen mutmaßlich aus dem linksextremen Lager verübt wurden. Sie sichert allen Betroffenen ihre uneingeschränkte Solidarität zu und unterstützt die Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von linksterroristischen Taten.

2. dass sie in dem Anschlag auf den Bremer Raumfahrtkonzern OHB eine neue Qualität von linksextremer Straftat erkennt, die insbesondere dadurch charakterisiert ist, dass die Gefährdung von Menschen billigend in Kauf genommen wurde. Damit befinden wir uns

an einem neuen Standpunkt der Eskalationsphase, der einen entschiedeneren und entschlossenen Kampf gegen Linksextremismus erforderlich macht.

3. dass das Ziel, jedweder Art von Extremismus entschieden entgegenzutreten und aktiv zu bekämpfen, zukünftig in der Bremer Landesverfassung verankert werden sollte.

II. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat darüber hinaus auf,

1. die im Land Bremen von linksextremistischen Straftaten betroffenen sowie potentiell gefährdeten Unternehmen und staatlichen Einrichtungen künftig bestmöglich im Schutz vor Anschlägen zu unterstützen;

2. Aussteigerprogramme für Linksradikale zu schaffen und anzubieten, um den Betroffenen einen Weg heraus aus der Kriminalität aufzuzeigen und diesem Personenkreis zu ermöglichen ohne Gefahr für das eigene Leben neu anzufangen und diese Programme auch mit den notwendigen finanziellen Mitteln abzusichern;

3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Bekennerstreifen aus dem linksextremen Spektrum, wie beispielsweise auf Internetseiten wie indymedia.org, unverzüglich gelöscht werden bzw. solche Seiten direkt aus dem Netz genommen werden, um den potentiellen Täterinnen und Tätern keine öffentliche Plattform mehr zu bieten für ihre kriminellen Taten. Die Kommunikations-, Propaganda- und Rekrutierungsmöglichkeiten der Linksextremen müssen nachhaltig unterbunden, Rechtfertigungsversuche abgewehrt und auch bei nur temporären Erfolge müssen die Nachfolgeaktivitäten im Auge behalten werden;

4. alle im Verfassungsschutzbericht genannten linksextremen Gruppierungen, Vereine und Einrichtungen im Land Bremen verstärkt durch Polizei und Staatsschutz zu überwachen. Auch sind zum Beispiel etwaige staatliche Leistungen und Unterstützungen gegenüber linksradikalen, im Verfassungsschutz benannten Gruppen, kritisch zu hinterfragen und das Mittel des Vereinsverbotes womöglich und effektiv offensiver als bisher zu handhaben. Ein Beispiel für die Notwendigkeit eines entschiedeneren Vorgehens gegen linksradikale Aktivitäten betrifft z.B. die Nutzung des „Alten Sportamtes“;

5. einen regelmäßigen Lagebericht zum Linksextremismus im Land Bremen vorzulegen mit dem Ziel, Linksextremismus in all seinen Ausprägungen und negativen Begleiterscheinungen mehr als bisher im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und die Möglichkeiten der Prävention zu verbessern. Dabei soll der Lagebericht unter anderem nachfolgende Themenaspekte beinhalten: Aufklärende Forschungsarbeit, Entstehung und Wirkung von extremistischen Bestrebungen und innergesellschaftlichen Zusammenhängen, die Darstellung juristischer Ahndung und Aufarbeitung, mögliche Ausgestaltung und potentielle Erfolge von Aussteigerprogrammen, Präventionsansätze usw.

6. aktiv darauf hinzuwirken die nachrichtendienstlichen, rechtlichen Möglichkeiten derart zu schärfen, dass mit ihnen zeitgerecht Strukturen und Aktivitäten im Netz erkannt und unterbunden werden können ggf. auch gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund;

7. eine zeitnahe Evaluation durchzuführen über die im Kampf gegen den Linksextremismus insgesamt beim Bremer Landesamt für Verfassungsschutz und der Staatschutzabteilung der Bremer Polizei eingesetzten Kräfte und Ressourcen und diesen Bericht der Deputation für Inneres bis April 2022 vorzulegen.

Dr. Thomas vom Bruch, Marco Lübke, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU